

## **Zwischenruf im Wahlkampf 2017: Bleiben oder Gehen? - Arbeitsmigration aus dem Osten Europas**

**Bonn/München, den 12. Mai 2017** In der Reihe der Justitia et Pax - Zwischenrufe im Wahljahr 2017 greift ein Interview mit Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer von Renovabis, die oft prekäre Situation von Arbeitsmigranten und -migrantinnen aus dem Osten Europas in ihren Herkunftsländern und in Deutschland auf.

Arbeitskräfte aus dem Osten Europas seien in Deutschland vor allem in der häuslichen Pflege, der Transport-, Bau- und Reinigungsbranche, in der Landwirtschaft, Fleischindustrie und Gastronomie beschäftigt. Dass diese „stillen Migranten“ hierzulande in der öffentlichen Debatte kaum vorkommen, bezeichnet Albert „wegen der oft ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und der enormen Folgen für die Herkunftsländer mehr als frappierend“.

„Viele Männer arbeiten im Baugewerbe: es gibt oft keine Arbeitsverträge, sie müssen mehr als zehn Stunden arbeiten, der Lohn wird nicht immer pünktlich oder in vereinbarter Höhe ausgezahlt. In der 24-Stunden-Pflege zu Hause, die vorwiegend von Frauen übernommen wird, herrschen oft ebenfalls schwierige Verhältnisse. Die Verfügbarkeit rund um die Uhr, die fehlende Freizeit und die Trennung von der eigenen Familie wird von den Pflegemigrantinnen als belastend empfunden“, so Albert.

Lösungsperspektiven sieht Albert zum einen in den Herkunftsländern, in vielen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas müssten die Regierungen sich wesentlich stärker als bisher für die Sicherung der Rechtstaatlichkeit einsetzen, Korruption bekämpfen und EU- Vereinbarungen wie die Roma-Integrations-Strategie konsequent umsetzen.

In Deutschland müssten sowohl in der Pflege als auch in Wirtschaftszweigen wie dem Baugewerbe oder der Fleischindustrie faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne besser durchgesetzt und kontrolliert werden – wofür die katholische und die evangelische Kirche sich über ihre Beratungsstellen stark machten. Im Pflegebereich sei vor allem eine Kontrolle der polnischen oder rumänischen Vermittlungsagenturen erforderlich, „von denen einige durch immer kreativere Vertragsmodelle z.B. die im Arbeitnehmer-Entsendegesetz vorgesehene Mindestlohnregelung umgehen oder keine Sozial- und Rentenversicherung abschließen“. Mit Blick auf die Wirtschaft sei ein weiterer Ausbau der muttersprachlichen Information der Beschäftigten über ihre Rechte und deren Durchsetzungsmöglichkeiten erforderlich. Außerdem müsse die Arbeitsinspektion gestärkt werden und bereits vorhandene Kontrolleinrichtungen sollten besser vernetzt werden.

Das Interview mit Dr. Gerhard Albert ist im Wortlaut auf der Internetseite <http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/bleiben-oder-gehen> verfügbar. Außerdem wird der Text wie die anderen Zwischenrufe über den [Facebook-Kanal von katholisch.de](#) zur Diskussion gestellt.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax begleitet mit Zwischenrufen für eine gemeinwohlorientierte Politik aktuelle Debatten im Wahljahr 2017.

### **Herausgeber:**

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX  
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn  
Telefon ++49(0)228-103217  
Telefax ++49(0)228-103318  
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de  
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz  
und des Zentralkomitees der deutschen  
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,  
Menschenrechten und Frieden

### **Redaktion:**

Gertrud Casel  
Geschäftsführerin  
Tel: 0228 - 103 303